

## **Normalisierungs- und Skandalisierungsstrategien unterlaufen – Inhalte und Rationalitätskerne ernstnehmen.**

Perspektiven für Gegenstrategien zu rechten Diskursinterventionen

Tino Heim (TU Dresden)

### **1. Mit der Opferrolle vorwärts in den aufrechten Stand der wahrgenommenen und anerkannten Sprecher\*innenposition? Die demonstrative Vorführung von Ausgrenzung und Diskriminierung ist eine Basis rechter Diskursintervention.**

Unter dem Titel „Wer bestimmt, was gesagt werden darf – und worüber geschwiegen werden muss?“ präsentierte die AfD am 30.11.2015 (im noblen Ambiente des Dresdner Lindengartens) ein Erfolgsduo: Den medial omnipräsenten Bestsellerautor Thilo Sarrazin (SPD) und den (als universell anrufbaren ‚Experten‘) kaum weniger umtriebigen Politologen Werner Patzelt (CDU). Vor 500 begeisterten Zuschauer\*innen und mit solider Medienresonanz referierte Sarrazin einmal mehr Thesen seines viel beachteten Erfolgsbuchs „Deutschland schafft sich ab“ (das seit dem 19. Jh. fest etablierte eugenisch-sozialdarwinistische Standardszenarien und Angstbilder recycelt<sup>1</sup>), während Patzelt ebenso altbekannte Positionen kundtat, mit denen er die PEGIDA-Parolen ‚Lügenpresse‘ und ‚Volksverräter‘ zur akademischen These eines linken Schweigekartells in Politik und Medien veredelte. Dies ist nur eines von vielen Beispielen für das paradoxe Erfolgsrezept, mit der ostentativen Behauptung, ausgegrenzt und am Sprechen gehindert zu werden, die Chancen medialer Wahrnehmbarkeit deutlich zu erhöhen. Auf dieser Grundlage platzierte jüngst auch der Siegener Philosophie-Ordinarius Dieter Schönecker punktgenau einen bundesweiten Medien-Coup. Ich möchte für meinen Beitrag jedoch ein anderes, ebenso exemplarisches Beispiel neu-rechter Diskursstrategien zum Anlass der Frage nehmen, wie Gegenstrategien beschaffen sein müssten, um nicht letztlich eben diesen Strategien zuzuspielen.

Die Bühne dieser exemplarischen Inszenierung ist nicht die Universität Siegen 2018, sondern die Universität Wien 2013. Und ihre Dramatis personae sind nicht Schönecker, Sarrazin, Jongen etc., sondern die Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl, die zur Identitären Bewegung forsch, sowie ca. 20 identitäre Aktivist\*innen, die einen Vortrag Strobbs infiltrieren. Nach ca. 5 Minuten des Vortrags erhebt sich ein erster Aktivist, geht durch den Hörsaal und überreicht der Vortragenden eine gelbe Rose mit den Worten: „Frau Strobl, dürfen wir Sie zu unserem Stammtisch einladen? Damit Sie einmal nicht über uns, sondern mit uns reden?“ Strobl reagierte ablehnend: „Du kannst diese Rose behalten“ und setzte ihre Rede fort. In der Folge erheben sich im 10-Minuten-Takt weitere Aktivist\*innen, um mit gleicher Geste ans Podium zu gehen, bis die offenkundig entnervte Politologin schließlich fordert: „Jeder, der eine Rose hat, verlässt sofort den Saal!“

Martin Sellner, ein führender Aktivist der IB in Österreich, schildert dies als Beispiel einer besonders gelungenen Aktion. Veranstaltung und Berichterstattung seien schließlich von erheblicher Irritation und Verunsicherung geprägt gewesen, die die Angemessenheit von Strobbs Verhalten als Referentin ebenso betraf, wie die politische Verortung der Zuhörer\*innenschaft oder die Zuschreibungen der Attribute von Liberalität, Meinungsfreiheit, Sachlichkeit etc.<sup>2</sup>

Auffällig am Vorgehen in dieser Inszenierung sind nicht nur die aktuell oft thematisierten Parallelen von neu-rechten Strategie zum linken Aktivismus um ‚1968‘, sondern auch die offenkundige Auflösung tradierter Grenzziehungen zwischen ‚linken‘ und ‚rechten‘ Analyse- und Protestformen

---

<sup>1</sup> Vgl. zur diesbezüglichen Einordnung Sarrazins u.a. Link: 2013.

<sup>2</sup> Vgl. zur ausführlichen Dokumentation und Einordnung: Wagner 2017: 208ff.

bzw. die vollkommene Umkehr gewohnter Rollenzuschreibungen. Einmal mehr scheinen Kenntnisstand und aktiver Gebrauch klassischer ‚linker‘ Analysen und Strategien (u.a. im Anschluss an Gramsci) – wenn auch in strategisch verkürzter Lektüre – bei Vertreter\*innen der IB ausgeprägter als auf Seiten der ‚Linken‘. Die IB zielt darauf, in einem Raum öffentlicher Aufmerksamkeit in möglichst kontroverser Form wahrgenommen zu werden. Die dafür erzeugte Konfrontationslinie bedient aber gerade nicht das Bild aggressiv-maskulinistisch und unsachlich auftretender rechter Aktivist\*innen. Umgekehrt wird eine reflektierte und reflexive Strategie verfolgt, die mit dezidiert zurückgenommenen friedlichen Widerstandsgesten und einer durchaus humorvollen symbolischen Intervention, die Gegner\*innen „zu übertriebenen Reaktionen [...] reizen und auf diese Weise [...] blamieren“<sup>3</sup> will. Demgegenüber erweist sich selbst eine ausgewiesene Kennerin der Identitären Bewegung gegenüber deren Aktionsformen und Strategie als überraschend hilflos und kann letztlich nicht umhin, mit einer autoritären Geste des Ausschlusses, die ihr zugewiesene Rolle als einkalkulierte Komplizin der Inszenierung anzunehmen.

## **2. Um der Falle der eingeplanten Kompliz\*innenschaft zu entgehen, müssen rechte Normalisierungs- und Skandalisierungsstrategien zunächst erkannt werden**

In typischen Verlaufsmustern rechter Aufmerksamkeitserzeugung lassen sich zwei eng aufeinander bezogene Strategien unterscheiden, in denen typische mediopolitische Voraussetzungen und Anschlussreaktionen vorherüberlegt und eingeplant sind. **Skandalisierungsstrategien** arbeiten mit der für kalkulierte Aufmerksamkeitskaskaden zentralen rhetorischen Geste eines skandalinduzierenden Tabubruchs, der suggeriert, hier werde im öffentlichen Raum ‚Unsagbares‘ ausgesprochen. Die eingeplanten mediopolitischen Anschlussreaktionen bestehen in moralischer Enttötung auf der Gegenseite und bestenfalls in einer normativen Ausgrenzung der als ‚rechts‘ disqualifizierten Sprecher\*innenposition aus den politischen Sagbarkeitsfeldern. Die dem korrespondierenden **Normalisierungsstrategien** setzen darauf, dass alle skandalinduzierenden Vorstöße zugleich relativiert werden können, indem das Gesagte als offenerer und konsequenterer Ausdruck von auch in der politischen ‚Mitte‘ zu akzeptierenden ‚Fakten‘ und Forderungen ausweisbar ist. Voraussetzung dieser Strategien ist eine alle wechselseitigen Feindsetzungen übergreifende epistemologische Komplizenschaft. D.h. in den als ‚rechts‘ disqualifizierten Positionen und den als ‚demokratische Mitte‘ qualifizierten Positionen werden in allen Abgrenzungen doch geteilte Deutungsmuster, Narrative und Kollektivsymboliken reproduziert. Zu Kernthemen von ‚Asyl- und Sozialmissbrauch‘, ‚Heimat‘, ‚Nation‘, ‚Überfremdung‘, ‚Familie‘, ‚ethno-nationale Identität‘, ‚Islamismus‘ etc. vertreten schließlich stets auch prominente Vertreter\*innen *aller* Parteien in der Sache oft deckungsgleiche Positionen und Forderungen mit großem Aplomb.<sup>4</sup>

## **3. Normative Ausgrenzungen und moralische Disqualifizierung ‚rechter‘ Sprecher\*innenpositionen fungieren als strategische Grundlage für deren Legitimitätsbeschaffung**

---

<sup>3</sup> Sellner zit. In: Wagner 2017: 209.

<sup>4</sup> Exemplarisch wäre u.a. der (für die Umcodierung der sozialen Frage in einen nationalsolidarischen Abwehrkampf gegen ‚Volksfremde‘ zentrale) Slogan „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“, den Seehofer 2010 zum Deutschlandtag der Jungen Union prägte, der dann diversen Rechtsparteien (u.a. AfD, NPD, ProNRW etc.) als Wahlparole diente und dennoch ein CSU-Dauerbrenner blieb (der u.a. zur Europawahl 2015 reaktiviert wurde). Auch Bilder eines rassistisch grundierten Kulturkampfes werden – qua Kopplung der These einer bedrohten biologischen Reproduktion des ‚Volkskörpers‘ mit auf Kultur und Konfession projizierten sozialen Eigenschaften – auch in Parteien der ‚Mitte‘ tradiert, und werden von ‚rechts‘ nur griffiger zugespitzt: ‚Umvolkung‘, ‚Volkstod‘ und ‚Geburten-Dschihad der muslimischen Wurfmaschinen‘. Vgl. zu zahlreichen Beispielen und Feinanalysen ausführlicher Heim 2016b: 345-367 & Heim 2016c.

Im Zusammenspiel von Strategien der Skandalisierung und Strategien der Normalisierung können die angereizten Reaktionen von moralischer Empörung und normativer Ausgrenzung ihrerseits skandalisiert und als Legitimationsbasis der ‚rechten‘ Sprecher\*innenposition genutzt werden. Das Grundmuster entsprechender Narrative: ‚Was wir offen und ehrlich sagen, bestätigen letztlich auch viele Medienberichte, die etablierte Politik und die ‚seriöse Wissenschaft‘. Es ist daher ein skandalöser Willkürakt, uns das Rederecht zu entziehen. Die linksliberalen Kosmopoliten und ‚Gutmenschen‘ erweisen sich erneut als die eigentlichen dogmatischen, ausgrenzenden und unterdrückenden Hegemonen.“ Die Einbettung der als ‚rechts‘ disqualifizierten Position in übergreifend geteilte neo-rassistische, nationalistische und heterosexistische Deutungsmuster und Kollektivsymboliken erleichtert dabei die Abwehr von Extremismusvorwürfen.<sup>5</sup> Zugleich erlaubt es die drastischere Rhetorik und die konsequentere Ausformulierung der Konsequenzen, den ‚Volksverrätern‘ und der ‚Lügenpresse‘ inkonsistente Haltungen und inkonsequente Realpolitiken vorzuwerfen, um eine neue Autorität zu fordern, die entschlossener von der Weltdeutung zur Tat voranschreitet. Insgesamt bestätigen typische Reaktionen auf rechte Strategien so nur deren Anspruch, eine sonst tendenziell entnannte und geleugnete Wirklichkeit konsequenter zu benennen.

#### **4. Laute symbolische Ausgrenzungen von ‚rechten‘ Diskurspositionen verdecken und ermöglichen nur die stillschweigende Reproduktion des impliziten neorassistischen und nationalistischen Konsens und seine autoritäre und exklusorische Zuspitzung**

Es ist vielfach und differenziert untersucht worden, dass Rassismus, Nationalismus, Ethnozentrismus und Heterosexismus keine ‚schlechten Eigenschaften‘ einer (ausgrenzbaren) Minderheit bilden, sondern verbreitete Dispositionen sind. Diese sind in den Narrativen und Kollektivsymboliken ‚normaler‘ mediopolitischer Diskurse und in den Funktions- und Strukturprinzipien globaler Produktions-, Ausbeutungs- und Dominanzverhältnisse innerhalb des Systems der kapitalistischen Weltwirtschaft und der nationalen Wettbewerbsstaaten verankert. Ebenso bekannt ist, dass entsprechend verbreitete Deutungsmuster und Kollektivsymboliken in gesellschaftlichen Krisensituationen als Applikationsvorlagen für den ‚Übergang zur Tat‘ fungieren – von der Zuspitzung entsprechender Rhetoriken über rechte Gewalt bis hin zur Verschärfung entsprechender Gesetzgebungen.<sup>6</sup>

In verbreiteten mediopolitischen Anschlussreaktionen auf rechte Vorstöße bleibt die verbale Abgrenzungen vom (zu) offenem Rassismus primär auf die Form der Aussagen (als ‚extreme Entgleisungen‘) bezogen. Das erlaubt es zugleich deren zentrale Deutungsmuster und Inhalte zu übernehmen und zu bestätigen. Normalisierende Deutungen rassistischer Positionen als Ausdruck berechtigter ‚Ängste‘ des ‚normalen Volks‘, deren Adressierung nicht ‚den Rechten‘ überlassen werden dürfe, legitimieren dann eine generelle Verschiebung der Sagbarkeitsfelder und konkrete neo- bzw. metarassistische Forderungen, ‚schärfer gegen die Anlässe des ‚Volkszorns‘, d.h. die ‚Fremden‘, vorzugehen.

Angesichts breiter Schnittmengen in Sachfragen (der Sicherheits-, Asyl-, Migrations- und Wirtschaftspolitik) oder auch hinsichtlich ethno-nationaler Identitätspostulate und Grenzziehungen, reduzieren sich Abgrenzungen von ‚rechts‘ zunehmend auf imagepolitische Differenzen einer euphemistischen, ‚moralisch-korrekten‘ und einer ‚offen-provozierenden‘ Redeweise. Die rituelle

---

<sup>5</sup> Vgl. zu diesen Einbettungen – etwa in den Kollektivsymboliken der ‚Flüchtlingsfluten‘ und ‚Ströme‘, die Naturkatastrophen gleich über uns hereinbrechen, und ein äußeres Chaos ins Herz ‚unserer Ordnung‘ zu tragen drohen – u.a. klassisch die Beiträge in: Jäger/Link 1993; vgl. aktueller Heim 2017 & Beiträge in Heim 2016a.

<sup>6</sup> Vgl. zusammenfassend unter Einbeziehung verschiedener Perspektiven: Heim 2017a.

Abgrenzung vom Rassismus und Nationalismus ‚der Anderen‘ und diffuse Bekenntnisse zu gegenläufigen universalistisch-humanistischen Werten (‚Weltoffenheit‘, ‚Vielfalt‘, ‚Toleranz‘) fungieren so v.a. als Gesslerhut, der pflichtschuldig zu grüßen ist, um de facto eine exklusorische, neorassistische und nationalistische Politik mit kaum mehr verhohlenen dehumanisierenden Konsequenzen (v.a. zur ‚Lösung der Flüchtlingsfrage‘) zu forcieren.

**5. Statt im Spiel rechter Skandalisierungsstrategien mitzuspielen, wäre das Spiel zu desavouieren, um die diskursiven Position und Funktion der Spieler\*innen vorzuführen.**

Konkret ist wenig gewonnen, wenn ohnehin omnipräsenten Akteuren (wie z.B. Sarrazin und Jonge), der Zugang zu spezifischen öffentlichen Formaten symbolisch erschwert wird. Dies verleiht ihren altbekannten und im Diskurs ohnehin allgegenwärtigen Thesen, Positionen und Forderungen erst den Nimbus des geheimnisvollen und tabuisierten, was die raunende Verheißung möglicherweise bahnbrechender Alternativen erst ermöglicht. Dieser Nimbus kann hingegen leicht aufgebrochen werden, wenn die Trivialität der Positionen und ihr parasitäres Verhältnis zu altbekannten und verbreiteten Deutungsmustern und Kollektivsymboliken in verschiedenen Diskurssträngen aufgeschlüsselt wird. Das kann mit Mitteln der kritischen Analyse aber auch durch Formen der Parodie und Satire geschehen, für die entsprechenden Positionen reichhaltiges Material bieten. Pointiert gesprochen ginge es darum, die Position nicht *auszugrenzen*, sondern sie *vorzuführen*.

**6. Um rechte Normalisierungs- und Skandalisierungsstrategien zu unterlaufen, müssen ihre Inhalte und Rationalitätskerne nicht abgewehrt, sondern ernst genommen werden**

In der Analyse von und in der Reaktion auf rechte Protestartikulationen wäre es zentral, einem alten Rat Stuart Halls zu folgen. Hall zufolge hätte jede Ideologiekritik und jede konstruktive Auseinandersetzung mit rassistischen, heterosexistischen und nationalistischen Positionen nicht nur danach zu fragen, was an ihnen ‚falsch‘ ist, sondern v.a. auch danach was an ihnen innerhalb gegebener gesellschaftlicher Verhältnisse und Rationalitäten ‚wahr‘ ist. Sie hätte also den in den ideologischen Formen ausdrückten ‚Wahrheits-‘ bzw. ‚Rationalitätskern‘ ernst zu nehmen. Dies meint gerade nicht, projektive rassistische, sexistische und sonstige Feindbilder anzuerkennen, um sie zu verstärken. Anzuerkennen sei aber ihr rationaler Kern als Verarbeitungs- und Reflexionsformen für reale Erfahrungen valenter gesellschaftlicher Problemlagen und Antagonismen, auf die sie eine in gegebenen Verhältnissen individuell rationale Antwort bieten.<sup>7</sup>

Wo etwa sozioökonomische Teilhaberechte primär an Lohnarbeitschancen in objektiv ethno-nationalistisch und sexistisch segregierten Arbeitsmärkten und an den notwendig exklusiven *nationalen* Sozialstaat gekoppelt sind, ist es unter Bedingungen gesteigerter Konkurrenz und Krisenhaftigkeit individuell nur rational, an Ethnie, Nationalität und Geschlecht geknüpfte Privilegien und exklusive Schutzräume zu verteidigen.<sup>8</sup> Die Quintessenz des Arguments? Linksliberale Positionen, die dieser gesellschaftlichen Ratio nur normative Empörung über die rassistisch und sexistisch artikulierten Empörung der ‚Anderen‘ entgegenstellen, sind zum Scheitern verurteilt. Vielmehr ist die

---

<sup>7</sup> Vgl. zu diesem Argument u.a. Hall 1989.

<sup>8</sup> In meiner Milieuerfahrung wenden sich selbst Akademiker mit gegenläufiger Wertorientierung, wo es um Stellenbesetzungen geht, oft überaus aggressiv gegen ‚Auswüchse‘ von Gendermainstreaming und Diversity und konvergieren darin dann objektiv mit AfD Positionen.

gesellschaftsimmanente Rationalität des Rassismus und Sexismus – z.B. (aber nicht nur) der absteigenden oder prekären Mittelklassen – zu entschlüsseln, um Fragen nach möglichen alternativen Antworten im Rahmen einer anderen gesellschaftlichen Rationalität zu ermöglichen.

**7. Ein verbreitetes implizites und explizierbares Wissen über gesellschaftliche Krisenkonstellationen reicht über die autoritären Krisenreaktionen und projektiven Feindbilder in denen es von rechts artikuliert wird hinaus und eröffnet alternative Möglichkeiten der gesellschaftlichen Problematisierung**

In wissenschaftlichen Analysen, aber auch in Satireformaten wird zunehmend reflektiert, dass die Form, in der das rechte Agenda-Setting und entsprechende projektive Angst- und Feindbilder partiübergreifend die politischen Debatten dominiert, v.a. als eine Art ‚politisches Übersprungshandeln‘ zu deuten wäre. Angesichts einer in globalen ökonomischen Verflechtungen zunehmend eingeschränkten nationalen Gestaltungsmacht dient die verbale und reale Aufrüstung gegen ‚Fremde‘, ‚Überfremdung‘ und ‚Gefährder‘ der symbolischen Ausübung einer in anderen Feldern blockierten politischen Souveränität. Das laute Bereden einer vermeintlichen ‚Flüchtlingskrise‘ ersetzt oder überlagert zudem die Auseinandersetzung mit multiplen und drängenden ökonomischen, sozialpolitischen, ökologischen und geo-politischen Krisendynamiken, die auch Ursache globaler Fluchtbewegungen sind. Entsprechende Stellvertreterdebatten dienen der Vertagung und Verdrängung der Austragung gravierender politischer Konflikte um die künftige Gestaltung globaler gesellschaftlicher Beziehungen. Denn keine der derzeit eskalierenden Krisendynamiken dürfte sich ohne Infragestellung der derzeitigen Basisparameter der kapitalistischen Weltwirtschaft, der nationalstaatlichen Organisation von Politik und der globalen Hegemonien angehen lassen.

Das Bewusstsein über diese globalen Krisenzusammenhänge und das implizite Wissen über die eigene Involviertheit in deren Ursachenkonstellationen ist weit verbreitet. Es kann gerade auch ausgehend von autoritären und rassistischen Krisenartikulationen und –reaktionen durch relativ einfache Interventionen aktiviert werden. Dafür erfordert eine rassismus-, heterosexismus- und nationalismuskritische Demokratie- und Bildungsarbeit zuerst, dass sie gerade die Artikulationen zu denen sie sich in Gegnerschaft bewegt, als Ausdrucksformen prinzipiell mündiger Subjektivität anerkennt. Aus der Erfahrung mit kritischen Diskussionsveranstaltungen in der Erarbeitung und im Anschluss an das Buch *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche* hat sich dabei vielfältig gezeigt, dass jeder Versuch, Positionen von Anhänger\*innen oder Sympathisant\*innen der Bewegung empört zurückzuweisen oder ihnen eigene normative Orientierungen und Lebensformen als ‚rational überlegen‘ entgegen zu halten, scheitert. Weiterführend waren eher einfache Gesprächsangebote: ‚Lass uns 5 Minuten nicht über Geflüchtete, Schwule und ‚Genderwahn‘ sprechen, wo siehst du denn sonst noch Probleme?‘. Dies kann eine ganze Reihe sehr bewusster und reflektierter Problemartikulationen zu Arbeits- und Sozialpolitik, Wirtschaft und Verteilungsgerechtigkeit, Bildung und Familie etc. in Gang setzen, für deren Diskussion 5 Minuten dann nicht ausreichen. Manchmal genügt aber die einfache Frage: ‚Und was hat das jetzt mit den Geflüchteten und Schwulen zu tun?‘, um auch ohne weitere paternalistische Anleitungen erhebliche Zweifel und Versuche der Neuordnung der eigenen Urteilkriterien auszulösen.

**8. Gegen rechte Diskursinterventionen hilft keine Aus- und Abgrenzung, sondern nur eine offene und offensive Austragung politischer Konflikte um die Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft.**

Statt sich von rechten Positionen verbal zu distanzieren, gilt es, sie ernst zu nehmen, u.a. da die durch sie adressierten, abstiegsbedrohten Mittelschichten ein Sensorium für wachsende globale Problemlagen haben, vor denen sich die kosmopolitischen Eliten noch in Selbstillusionierungen, bessere Stadteile oder – wie in Kapstadt und den USA, vermehrt aber auch in Europa – Gated Communities flüchten können. Auch die in regressiver und exklusorischer Form artikulierten Bedürfnisse nach Sicherheit, Solidarität oder sozialer und politischer Teilhabe haben angesichts der Erosion der sie einst garantierenden Institutionen einen ernst zu nehmenden Kern. Den kollektiven Krisenerfahrungen und den gesellschaftlichen Bedürfnissen müssten alternative Artikulationsmöglichkeiten und andere Antworten gegeben werden. Die AfD und neu-rechte Bewegungen lassen sich daher weder durch rhetorische Abgrenzung noch durch eine Verschärfung der (neo)rassistischen und chauvinistischen Rhetoriken und Programmatiken durch die ‚Volksparteien‘ bekämpfen – erst recht nicht durch das Changieren zwischen beiden Extremen. Sollte den rechten Reaktionen auf die globalen Krisenkonstellationen wirklich etwas entgegengestellt werden, so könnte dies nur die Öffnung des Raums des Politischen für eine rückhaltlose Ursachenanalyse gegenwärtiger Kriseneskalationen und für die konfliktive Aushandlung und die experimentelle Suche nach globalen Alternativen zu den bestehenden Modi der Vergesellschaftung sein.

Um Krisenartikulationen von ‚rechts‘ nicht durch symbolisch Ausgrenzungen, sondern mit substantiell inhaltvollen alternativen Problemanalysen und Lösungsansätzen zu begegnen, dürften wir an einer prinzipiellen und konsequenteren Formulierung der gesellschaftlichen ‚Systemfrage‘ allerdings kaum vorbeikommen. Unter dieser Bedingung wäre es in einer realistischen Utopistik in einer Gesellschaft, in der z.B. 56% der jährlichen globalen Kalorienproduktion in den profitorientierten Produktions- und Distributionsketten *vernichtet* werden, auch nicht irrational, die Grundsatzfrage zu stellen, wie dieser globale Reichtum nach anderen (nicht monetären) Rationalitätskriterien so verteilbar wäre, dass Bedürfnisse allgemein erfüllbar wären. Also jenseits von ethno-nationaler Exklusion und jenseits der Verdrängungskonkurrenz um ‚knappe Güter‘ oder um die Abwälzung globaler Folgekosten und Krisenlasten unseres Konsum-, Wachstums-, und Wohlstandsmodells.

## Literatur

- Hall, Stuart: Der Thatcherismus und die Theoretiker. In: Ders. Ideologie, Kultur und Rassismus. Ausgewählte Schriften Bd. 1. Hg. von Rätzsch, Nora. Hamburg/Berlin 1989, S. 172-206.
- Heim, Tino (Hg.) (2016a): Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften. Wiesbaden: Springer VS.
- Heim, Tino (2016b): Politischer Fetischismus und die Dynamik wechselseitiger Projektionen. Das Verhältnis von Pegida, Politik und Massenmedien als Symptom multipler Krisen. In: Ebd., S. 341-444.
- Heim, Tino (2017a): Der politische Rechts(d)ruck, die prozessierten Widersprüche des Neoliberalismus und die Strukturkrise kapitalistischer Vergesellschaftung. In: Jobst Paul/Regina Wamper/Isolde Aigner (Hg.): Autoritäre Zuspitzung. Rechtsruck in Europa. Münster: Unrast, S. 17-40.
- Heim, Tino (2017b): Die Selbstverunmöglichung des ‚Ohne-Angst-Verschieden-Seins‘. Normalismus zwischen flexiblem Lebensstilpluralismus und autoritärer Realpolitik. In: kultuRRévolution. Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie. Nr. 73, H. 2/2017, S. 22-30.
- Jäger, Siegfried/Link, Jürgen (Hg.) (1993): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Duisburg: DISS.
- Link, Jürgen (2013): Normale Krisen? Normalismus und die Krise der Gegenwart (mit einem Blick auf Thilo Sarrazin). Konstanz: Universitätsverlag.

Wagner, Thomas (2017): Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten. Berlin: Aufbau.Literatur